

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/150

Bad Godesberg, den 9. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Lichtblick</u>	22
	Erste Resultate von Schillers konzertierter Aktion	
1	<u>Paul Löbes letzte Fahrt durch Deutschland</u>	71
	Künstliche Hindernisse an der Zonengrenze	
	Von Uwe Engelbrecht	
2 - 3	<u>"Entwicklungsmöglichkeiten nicht ausgenutzt"</u>	79
	Zonenrandhilfe muß gezielt eingesetzt werden (I)	
	Von Klaus Rusticus	
4 - 5	<u>"Der einzelne vor der Politik"</u>	62
	Eine bemerkenswerte Veröffentlichung	
	der Bundeszentrale für politische Bildung	
	Von Herbert Bermeitinger	
6	<u>Nach der Machtblösung an Spaniens Regierungsspitze</u>	39
	Liberalisierung abgestoppt ?	
	Von unserem HD-i-Korrespondenten in Madrid	

\* \* \*

Lichtblick

Erste Resultate von Schillers konzertierter Aktion:

so - Als Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller in diesem Frühjahr von der Talsohle sprach, die durchschritten werden müsse, ehe es mit unserer Wirtschaft wieder aufwärts geht, und hinzufügte, er sei überzeugt, daß im Spätsommer erste Anzeichen für die Richtigkeit seiner schon im Winter gegebenen Prognosen bemerkbar sein würden, hat man ihm zwar Glück gewünscht, aber ihn gleichzeitig auch belächelt. Schiller ließ sich nicht beirren. Er gab das Lächeln zurück, sorgte aber hinter den Kulissen dafür, daß die "Konzertierte Aktion" in Schwung geriet. Die ersten Resultate seiner vorausschauenden Wirtschaftsstrategie sind jetzt sichtbar geworden. Die Industrie meldet mehr Aufträge, es gab keine Preissteigerungen und unser Geld blieb stabil.

Natürlich besteht noch lange kein Grund zum Jubeln. In den nächsten Wochen und Monaten muß durch Investitionen der Öffentlichen Hand manches nachgeholt werden, was frühere Regierungen versäumt haben. Wenn dazu noch die Privatindustrie von den auch ihr durch die mittelfristige Finanzplanung gebotenen Möglichkeiten Gebrauch macht, könnte am Ende dieses Jahres auf dem Wege über eine allgemeine Kaufkraftsteigerung eine Situation in der deutschen Wirtschaft erreicht sein, die uns die Pehler der Vergangenheit eher vergessen lassen wird, als es bisher der Fall war. Aber hoffentlich hat man dann von diesen Fehlern gelernt und gibt sich nicht wieder der Illusion hin, in einer modernen Industriegesellschaft könne sich "alles vor selbst auspendeln."

Paul Löbes letzte Fahrt durch Deutschland

Künstliche Hindernisse an der Zonengrenze

Von Uwe Engelbrecht

Man hatte sich alles ganz undramatisch vorgestellt: Paul L ö b e , früherer Reichstagspräsident und erster Alterspräsident des Deutschen Bundestages, sollte aus Bonn, wo er verstorben war, nach Berlin überführt werden, wo er heute beigesetzt wird. Einige Freunde Löbes, darunter Sozialdemokraten von Rang wie Willy B r a n d t , Carlo S c h m i d , Alfred N a u , Willi E i c h l e r und Egon F r a n k e , wollten dem Sarg auf dem Landweg das Geleit geben. Ein Konvoi, bestehend aus neun oder zehn Fahrzeugen, sollte dem Sarg folgen; durchs Ruhrgebiet und Niedersachsen und dann über die Interzonenautobahn nach Berlin. Aber dieses Vorhaben würde zu einem Kleinkrieg mit der Fallstricken und Hindernissen gesamtdeutscher Wirklichkeit.

Am Abend zerbrach man sich in Berlin den Kopf: Was war Zufall gewesen und was war von den DDR-Behörden als wohldurchdachte "Belehrung" oder "Züchtigung" der Teilnehmer des Trauerzuges sorgsam ausgetüftelt worden? Es begann in Marienborn. Bis hierher hatte sich der Konvoi, von Landespolizei zügig und umsichtig geleitet, in schneller Fahrt der Zonengrenze genähert, in Niedersachsen begleitet vom Gruß zahlreicher Bürger und Mitglieder sozialdemokratischer Ortsvereine, die sich - teilweise mit Fahnen und Transparenten versehen - auf Autobahnbrücken

aufgestellt hatten. Aber nun senkte sich in Marienborn die Schranke. Sie öffnete sich noch einmal kurz: Passieren durften der Wagen mit dem Sarg, das Fahrzeug des SPD-Vorsitzenden und Bundesaußenministers Willy Brandt, der zweite Wagen, in dem das geschäftsführende SPD-Präsidiumsmitglied Alfred Nau und der niedersächsische SPD-Vorsitzende Egon Franke saßen. Die übrigen Wagen wurden auf einen überfüllten Parkplatz gewinkt. Zurückgeblieben war auch der Wagen von Bundesratsminister Professor Carlo Schmid, in dem auch der Sohn des Verstorbenen, Dr. Werner Löbe, saß.

Erst am Abend konnte die Erklärung für das Verhalten der Grenzwachter gefunden werden. Unzulänglich unterrichtet, hatten sie die Angehörigen des Verstorbenen in den ersten beiden Wagen vermutet. So bestimmte der Beamte an der Schranke nach einem flüchtigen Blick in den ersten Wagen, den Außenminister völlig ignorierend, "Sie sind die Angehörigen." Als dann offenkundig wurde, daß Dr. Werner Löbe Insasse des dritten Wagens war, blieb, um das Dekorurn zu wahren, nichts übrig, als nach etwa halbstündiger Wartezeit auch das Fahrzeug des Bundesratsministers passieren zu lassen, das die wartende Kolonnenspitze jenseits der Grenze alsbald erreichte.

Auf die übrigen Wagen wartete man dann lange Zeit vergeblich, bis der Zeitdruck angesichts der Berliner Vorbereitungen gebot, die Fahrt allein fortzusetzen. Die übrigen Fahrzeuge wurden nämlich, wie man alsbald von der Grenzpolizei erfahren sollte, "ganz normal, wie alle übrigen Reisenden, abgefertigt". Grund: Die Kolonne sei nicht angemeldet worden. "Wäre dies geschehen", so äußerte sich später ein Grenzpolizist auf Befragen, "dann hätten wir den Kondukt so bevorzugt abgefertigt wie den von Benno Ohnesorg!" So aber wurde schlicht "gestraft". Demonstrativ hatte man vor Eintreffen des Konvois die Abfertigung in Marienborn verschleppt, hunderte von Wagen auflaufen lassen, sorgfältig den Jammur der in Hitze und Zeitnot wartenden Reisenden einkalkuliert. Die Teilnehmer des Konvois erhielten ihre Ausweise erst zurück, als nach 90-minütigem Warten der Parkplatz fast geräumt war...

Daß für, daß aus den restlichen fünf Wagen nicht wieder ein Konvoi wurde, trug man dann Sorge. Beobachtende Blicke folgten entlang der Autobahn der Fahrt der gekennzeichneten Wagen, und dann ergab es sich eben so, daß ausgerechnet zur Zeit des abendlichen Spitzenverkehrs die Autobahn gesperrt werden mußte, denn es galt, einen Bagger auf einen Tieflader zu verfrachten. Die Fahrzeugkolonnen starteten sich in beiden Richtungen kilometerweit. Während neben den wartenden Wagen betont harmlose Zivilisten aus einem Wäldchen unbeteiligt aufmerksam auf die Insassen spähten, bot sich die Gelegenheit, die Restkolonne abermals zu zerhacken: Der erste Wagen mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden des KURATORIUM UNERILBARES DEUTSCHLAND, Dr. Wilhelm Wolfgang S c h ü t z wurde durch den Engpaß geschleust, die übrigen warteten und warteten. Übrigens war das Hemmnis zuerst keck als "Unfall" deklariert worden, unbekümmert darum, daß angesichts des betont langsam fahrenden und die Fahrbahn lange Zeit blockierenden Tiefladers die Wahrheit alsbald offenkundig werden mußte. Am Abend - der Sarg und die ersten drei Begleitfahrzeuge waren längst in Berlin - gab es dann noch etwas Zuckerrot. Als die Reste des arg reduzierten Konvois an der Grenzstation Dreilinden eintrafen, wurden sie abseits gewinkt, die Kontrolle dauerte keine Minute, die Durchfahrt war frei. War das ein kleiner Wink? Etwa: "Seht Ihr, so könnte es auch gehen, wenn Ihr nur..."

"Entwicklungsmöglichkeiten nicht ausgenutzt"

Zonenrandhilfe muß gezielt eingesetzt werden (I)

Von Klaus Rusticus

Ende vergangenen Jahres wurde in Braunschweig ein für die Bundesrepublik einmaliges Raumplanungsgutachten veröffentlicht. Unter Federführung von Professor Dr. Ing. Friedrich Zimmermann unternahm Wissenschaftler aus zwölf verschiedenen Fachdisziplinen den - wie sich heute bereits zeigt - gelungenen Versuch, durch interdisziplinäre koordinierte Arbeit über die Raumordnung und Raumplanung eines eng begrenzten Gebietes zu wissenschaftlich begründeten Planungsvorschlägen zu gelangen. Darüber wurde seinerzeit ausführlich berichtet. - Noch wertvoller sind die jetzt folgenden Auswertungen der Raumplanungszusammenhänge der "Arbeitsgemeinschaft Südostniedersachsen", die sich aus den Auftraggebern des ursprünglichen Gutachtens konstituiert hat. Das sind sieben Städte, darunter Braunschweig, Salzgitter, Wolfsburg und Helmstedt, sowie acht Landkreise mit einer Gesamtfläche von ca. 5.000 Quadratkilometern, die eine "klassische" Zonenrandregion darstellt und deshalb auch zum ersten Mal in der Bundesrepublik detailliert für die Zonenrandpolitik wichtigen Erkenntnisse vermittelt. Diese Ermittlungen werden sich nicht schlechthin auf das gesamt-40 Kilometer breite Zonenrandgebiet von norddeutschen Lübeck bis Hof in Bayern "übersetzen" lassen. Sie werden aber von Fall zu Fall symptomatisch für das Sozialgefälle sein, dessen Ursache die widernatürliche Grenze mitten in Deutschland ist.

"...Entwicklungsmöglichkeiten nicht ausgenutzt"

Diese ca. 5.000 Quadratkilometer große Zonenrandregion besteht im wesentlichen aus dem früheren Land Braunschweig. Mit den Städten Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter verfügt das Gebiet über ein beachtliches Industriepotential. Auf 1.000 Einwohner kommen hier 134 Industriebeschäftigte. Die Industriedichte liegt mithin über dem niedersächsischen Landesdurchschnitt und nähert sich auch dem Bundesdurchschnitt (141 je 1.000).

Die positiven Voraussetzungen werden aber negativ von einem annähernd 250 km langen Abschnitt der Zonengrenze - das ist etwa ein Fünftel der gesamten Demarkationslinie - beeinflusst. Insofern ist der Aussagewert einer Untersuchung über die bevölkerungspolitische Entwicklung, wie sie jetzt für einen Vierjahreszeitraum von 1961 bis 1965 in diesem Raum abgeschlossen wurde, außerordentlich interessant, und zwar schon aus dem Grund, weil die "Arbeitsgemeinschaft Südostniedersachsen" folgert, daß die hier "vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten nicht ausgenutzt worden sind".

Unterschiedliche Entwicklung in 66 Bereichen

Diese Feststellung ist zonenrandpolitisch umso bedeutungsvoller, weil die Gutachter bei ihren Monographien (z.B. über Flächennutzung oder "Energiewirtschaft und Versorgung") nicht von traditionellen Einzugsbe-

reichen bzw. wirtschaftlichen Schwerpunkten ausgingen, sondern den Raum in 66 kleine, überschaubare überörtliche "Lebensbereiche" gliederten. Wie magnetische Felder sind diese "wirtschaftsräumlichen Einheiten" um Konzentrationspunkte angeordnet, die trotz ihres engen nachbarschaftlichen Verhältnisses in einer traditionell geschlossenen Kulturlandschaft nicht alle die gleichen Charakteristika aufweisen.

Analog hierzu die - bereits zonenrandpolitisch bedeutsame - Feststellung der Arbeitsgemeinschaft:

- \* "Daraus resultieren zwangsläufig verschiedenartige Entwicklungsmöglichkeiten. Jeder Einzugsbereich hat sozusagen sein eigenes Ordnungsprinzip."

Das läßt sich durch Zahlenwerte belegen. So ist z.B. klar erkennbar, daß

- \* "die wirtschaftlich aktiven Einzugsbereiche erhebliche Bevölkerungsgewinne zu verzeichnen haben" (Wolfsburg seit 1961 Zunahme um 24 Prozent.),
- \* "aber 33 Einzugsbereiche von insgesamt 66 absolute Bevölkerungseinbuße erlitten."

Zu den Letzteren gehören - was nicht anders zu erwarten war - agrarwirtschaftliche Gebiete, denn, so folgert man, "einkommenverbessernde und wirtschaftskrafthebende Maßnahmen verliefen hier nicht sonderlich erfolgreich."

#### Negative Bevölkerungsentwicklung = Absinken der Wirtschaftskraft

Daß hingegen auch städtische Einzugsbereiche, wie der der Stadt Braunschweig mit Kerngebiet und umgebenden 22 Randgemeinden, absolute Bevölkerungsverluste hinnehmen mußten, war von der Arbeitsgemeinschaft nicht erwartet worden und entspricht auch nicht, wie hervorgehoben wird, "allgemeinen Vorstellungen". Demgegenüber verzeichnete aber das unmittelbar angrenzende Salzgitter trotz retardierender Erscheinungen in der hier wirtschaftsbestimmenden Stahlindustrie einen Bevölkerungszuwachs. An dem "Beispiel Salzgitter" wird auch die zentralörtliche Funktion einer sonst sehr diffizilen Zonenrandregion deutlich, deren Bevölkerungsentwicklung insgesamt negativ gewesen ist. Das ist - nach Ansicht der Fachleute - "gleichbedeutend mit einem Absinken der Wirtschaftskraft".

#### Folgerungen für die Praxis der Zonenrandhilfe

Es kann und soll nicht bagatellisiert werden, was frühere Bundesregierungen an Zonenrandhilfen geleistet haben. Man darf aber auch nicht über Fehler hinwegsehen, die gemacht worden sind und nunmehr besorgniserregend hervortreten. Die Untersuchungsergebnisse der "Arbeitsgemeinschaft Südostniedersachsen" decken die Fehlerquellen auf, wofür den beteiligten Wissenschaftler Anerkennung zu zollen ist.

(Nächste Folge: "Zunehmende Vergreisung der Bevölkerung")

"Der einzelne vor der Politik"

Eine bemerkenswerte Veröffentlichung  
der Bundeszentrale für politische Bildung

Von Herbert Bermeitinger

Eines voraus: Der jüngsten staatsbürgerlichen Publikation der Bonner Bundeszentrale für politische Bildung, der über 60 Seiten starken, reichlich bebilderten Broschüre "Der einzelne vor der Politik - eine politische Verhaltenslehre" ist eine Auflage zu wünschen, die es den Herausgebern gestattet, möglichst allen Anforderungen aus dem schulischen und dem bildungspolitischen Bereich, auch aus dem Kreis der Institutionen für Erwachsenenbildung, nachzukommen.

Die Broschüre ist kein Propagandatraktätchen, sondern eine anschauliche, kluge, ganz offensichtlich von kritischen Autoren zusammengestellte Arbeit, ein Wegweiser für den Bürger, der bereit ist, sich in der Demokratie und für die demokratisch-freiheitliche Grundordnung unseres Gemeinwesens zu engagieren.

Die kritische Selbstbeschränkung, die sich Autoren und Herausgeber bewußt auferlegt haben, zeigt sich schon im Vorwort. Dort heißt es: "Rezepte kann man nicht geben. Auch läßt sich die Mühsal der Politik nicht wegzaubern. Politik, leicht gemacht - das geht schief. Die Bescheidenheit des politisch Erreichbaren steht als Leitmotiv über dieser Verhaltenslehre. Die Frage lautet: "Was kann ich als einzelner politisch tun - und erreichen?"

Auf die Frage, was der einzelne in der Politik tun und erreichen kann, gibt die politische Verhaltenlehre der Bundeszentrale recht konkrete Antworten. Vor allem wird dabei mit dem weit verbreiteten Irrglauben, daß der einzelne Bürger "ja, doch nichts machen kann", oder daß die mögliche Einflußnahme mit der Teilnahme an Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen erschöpft sei. Die Bundeszentrale gibt Dutzende von Hinweisen, wie und wo der Bürger sich aktiv in die Meinungsbildung einschalten kann. Dabei liegt es natürlich nahe, daß besonders auf die Mitwirkung in Verbänden und politischen Parteien hingewiesen wird. Da heißt es beispielsweise: "Der Traum von der Überparteilichkeit ist eine Fata

Morgana; denn politisch handeln bedeutet Partei ergreifen. Wie könnte es anders sein in einem modernen Massenstaat, der so vielgliedrig und gegensätzlich strukturiert ist. Das Aussprechen einer eigenen Meinung ist schon Partei ergreifen... Die mangelnde Sympathie für Parteiliches in Deutschland entspringt letzten Endes einer politischen Romantik, aber auch staatsbürgerlichem Schwärmertum... Der einzelne kann, sofern er will, seinen bescheidenen Anteil an der Macht um ein Vielfaches vergrößern, wenn er Mitglied einer politischen Partei ist."

Die Publikation der Bundeszentrale geht auch auf die Bemühungen um eine Demokratisierung der Wirtschaft ein unter der Überschrift "Endet die Demokratie am Fabrikator?" Die Mitbestimmung werde noch nicht überall praktiziert, heißt es in diesem Beitrag, in dem die Arbeitnehmer aufgefordert werden, die Mitbestimmung nicht nur zu fordern, sondern auch auszuüben. (Allein im Bereich der Metallindustrie, so heißt es, "arbeiten fast 600 Firmen mit 100 bis 2 000 Belegschaftsmitgliedern o k n e Betriebsrat".)

Dann wird auch eine Lanze gebrochen für die Interessenverbände, deren es in der Bundesrepublik an die 3 600 geben soll. Fast jedermann gehöre einem Verband, einer Gruppe, einem Verein an, habe also gemeinsame Interessen mit anderen. Daran sei nichts Anrüchiges, denn es sei gut, "seine Interessen wahrzunehmen und auf einen fairen Ausgleich bedacht zu sein."

"Der einzelne vor der Politik" räumt schließlich auch mit utopischen Vorstellungen von der parlamentarischen Demokratie auf. Dabei findet natürlich auch Winston Churchill seinen bevorzugten Platz, der einmal die Demokratie die schlechteste aller Regierungsformen nannte, aber hinzufügte: "Mit Ausnahme aller anderen, die wir schon ausprobiert haben."

- \* PS - Die Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung (53 Bonn, Berliner Freiheit 7) stützt sich in wesentlichen
- \* Teilen auf die "Politische Verhaltenslehre" von Professor Dr.
- \* Thomas E l l w e i n, die im Stuttgarter Kohlhammer-Verlag
- \* auch als Paperback erschienen ist.

Nach der Wachablösung an Spaniens Regierungsspitze

---

Liberalisierung abgestoppt ?

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Das monatelange Rätselraten ist beendet, eine wichtige Vorentscheidung gefallen. Spaniens erster Ministerpräsident seit 1939, der bis zum November sein Amt antreten soll, wird nicht Agustin Munoz-Grandes heißen. Genau fünf Jahre und 28 Tage hatte der 71-jährige ehemalige Kommandeur der "Blauen Division", Generalstabschef und intimer Freund des Caudillo seit dem 10. Juli 1962 den Posten eines stellvertretenden Präsidenten der Regierung bekleidet, also die Stellvertretung Francos wahrgenommen.

Weil Munoz-Grandes, ein Parteigänger des "harten" Kurses und nicht gerade ein Verfechter der Liberalisierung als einziger mit Franco ranggleicher Offizier der spanischen Streitkräfte, aufgrund seiner Dienststellung dem Rat des Königreiches (consejo del reino; 17 Mitglieder) angehört, mußte er auf das Amt des Vizepräsidenten der Regierung und auf die künftige Ministerpräsidentenschaft verzichten. Beide Ämter sind mit der Zugehörigkeit zum "consejo" unvereinbar.

Der "consejo" wird indessen drei Anwärter für den Stuhl des Regierungschefs zu benennen haben. Die Amtszeit des Regierungschefs soll nach dem neuen Grundgesetz von 1966 sechs Jahre betragen. Die Möglichkeit, eine liberale Persönlichkeit für dieses Amt zu gewinnen, wird nicht gleichbedeutend mit einer schnelleren Liberalisierung des politischen Lebens sein. Im Gegenteil: der "consejo", dessen Mitglieder den konservativsten Flügel der regierenden Kreise Spaniens darstellen, wird ebenso wie der Nationalrat der Falange-Einheitsbewegung als Wachhund die Tätigkeit von Regierung und Ständeparlament überwachen.

Munoz-Grandes, der nach wie vor die Zügel fest in der Hand behält, wurde nicht degradiert. Man könnte eher sagen, er sei "die Treppe hinaufgefallen". Denn entrückt von Geschäft der Tagespolitik, beschränkt er sich nunmehr auf Kontrollfunktionen, die den reinen Regierungschef nur zum Ausführungsgehilfen der kontrollierenden Organe machen. Munoz-Grandes wäre auch gesundheitlich nicht in der Lage gewesen, die Alltagsarbeit eines Ministerspräsidenten durchzustehen. Vor zwei Jahren an einer Niere operiert, ist der Gesundheitszustand des 71-jährigen Militärs nicht gerade gut. Munoz-Grandes dürfte nicht der letzte hohe Würdenträger sein, der in diesem Jahr in Spanien der Tagespolitik entsagt. Die Wachablösung an Spaniens Regierungsspitze prägt den diesjährigen politischen Sommer, der weniger ruhig zu werden verspricht als in früheren Jahren.